

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wlth. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postfachkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Muskeleus velis: Im Verbreitungsgebiet 1,20 Mr. Familienangelegenheiten 1,20 Mr. Familienangelegenheiten 30 Mr. auserhalb 1,50 Mr. für 1 Mr. 10 Mr. und 35 Mr. Spaltenbreite; im Westlande 77 Mr. Spaltenbreite. 1,1 Mr. im Höhe 8. — Mr. für die Aufnahme von Muskeus an nördlichen Tagen und Wägen wird seine Gewähr übernommen. Beträge für das Niedererfüllung. — Bei mancherlei Verbreitung der Eintragsgebühren durch Lage oder in den Fällen wird der bestellte Rabatt zurück. — Einmalig wird von Muskeus abends 7 Mr. für größere nachmittags 4 Mr.

Französische Einsicht.

Die augenblickliche Lage in Deutschland wird von der Pariser Presse nach wie vor mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Es vergeht fast kein Tag, ohne zum Theil sehr ausführliche, mehr oder wenig zutreffende Betrachtungen über die gegenwärtige Entwicklung.

In einem beachtenswerten Artikel, der zweifellos in vielen Punkten durchaus zutreffend ist, veröffentlicht heute „Le nouveau“ unter der Überschrift „Wie der nationale Blod für Rußland arbeitet“. In diesem Artikel heißt es: „Für die vielen politischen Verbrechen, die jetzt in Deutschland verübt werden, gibt es drei Gründe: die allgemeine Phase nach dem Kriege, die Eskalation der Reaktion und vor allen Dingen aber der imperialistische Friedensvertrag von Versailles.“

Der Artikel befaßt sich dann ausführlich mit der französischen Gewaltpolitik gegenüber Deutschland, wogegen er die schwersten Vorwürfe erhebt, indem er schreibt: „Man stelle sich einmal vor, daß seit uns vier Jahre nach Friedensschluß zehn Departements nach von Deutschen besetzt wären und zwar von Halbwilden aus Südwestafrika und daß das Geburtshaus der Jungfrau von Orleans oder das Geburtshaus von Pasteurs von Hottentotten oder von Kaffern besetzt wäre, wie wir das Goethehaus in Frankfurt mit Seneganeßern besetzen. Man stelle sich einmal vor, daß als Vergeltung für die Verwüthung feindlichen Gebietes, wie wir sie vor 250 Jahren auf Befehl Turannes in der Pfalz verübten, die Deutschen 15 Jahre lang das Gebiet um Calais dem französischen Gesamtgebiet losgeriffen hätten, wie wir es mit dem deutschen Saargebiet gemacht haben.

Man muß hinzufügen, daß ein so gedemütigtes, einbrechendes, mit den Folgen getretenes Frankreich einen Frankreichs von 1/2, einmies hätte und daß die Deutschen von uns trotzdem jeden Monat Willkarsabgaben verlangen, die uns ja leisten außerordentlich schwer, ja fast unmöglich wäre. Würde da bei uns der Chauvinismus nicht bis zur größten Intensität entwidelt werden? Wenn in derselben Lage befindet sich jetzt Teussland — trotz der feierlichen Versprechungen Wilsons aus dem Jahre 1917, die von allen Kriegeren angenommen wurden!

Eine Unterredung mit dem vormaligen Deutschen Kaiser.

„Daily Express“ meldet aus New York: Die „Newport Times“ veröffentlicht eine Unterredung, die Barth Clemens von Radowski Met, angeblich früheres Mitglied des deutschen diplomatischen Dienstes und jetzt naturalisierter Desterreicher, der sich auf einem Geschäftsbesuch in den Vereinigten Staaten befindet, mit dem vormaligen Deutschen Kaiser bei seinem Besuch am 20., 21. und 22. Mai gehabt haben will.

Radomitz erzählt, der ehemalige Kaiser habe ihn gefragt: Was glaubt die neue Generation über mich? Radomitz habe erwidert: Die weiß nichts von Ihnen! Der Kaiser habe geantwortet und erklärt: Ich will nichts weiter, als im Vergangenen leben, aber sagen Sie mir, hat die neue Generation ihre monarchistischen Ideen und den Ruhm der Hohenzollern vergessen?

Radnitzer habe erwidert, es sei ziemlich viel monarchistische Stimmung in Deutschland vorhanden, worauf der Kaiser erklärt habe, die Monarchie werde wiederkommen, nicht jetzt, aber nach einigen Jahren, wie oder wann weiß ich nicht; ich aber werde nicht wieder kommen.

Radnitzer habe ihn darauf gefragt, wer die Monarchie wiederherstellen werde. Der Kaiser habe nichts gesagt.

Als das Gespräch auf den Präsidenten über-
ging, kam, habe der Kaiser erklärt, Gert sei
ein tüchtiger Mann und tatsächlich der rechte Mann
am rechten Platz, da nun einmal dieser Platz be-
stehe. Gert betrachte sich als Diener der Republik
und nicht als ihr Meister. Er tue nicht mehr, als
seine Pflichten ihm auferlegen.

Der Kaiser habe außerdem erklärt, er wolle nicht eine Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland sehen. Deutschland werde einen schwierigen Kampf haben, um sich wieder zu erheben. Es sei ein Unlutz, wenn es an ein Band gebunden werde, das in einer so schlechten Verfassung sei. Die französischen Republikaner seien Republikaner vom innersten Herzen. Der Kaiser lehnt es ab, in irgend einer Weise über Großbritannien zu sprechen.

Einer Meldung der „Times“ zufolge heißt es in dem Interview noch, Baron von Radwits habe den Kaiser im Haus Doorn gemeinsam mit dem Oberhofprediger von Drhander, dem Maler Agorn Bäume und Freiherren von Kettler heimst. Radwits zufolge weiß der Kaiser,

Die französische Politik auf der Anflagebank.

Zeitgemäße Betrachtungen zum Leoprechting-Prozess.

Von unserem Münchener Mitarbeiter.

Der Döhrerratsprozeß, der vor dem Münchener Volksgericht gegen den Freiherrn v. Döhrer verhandelt wird, ist nicht so sehr durch das Doppelspiel des Angeklagten, als vielmehr durch die Schicksalstragödie interessant, die dabei auf das Treiben der Karlsruher Politik und des in München beglaubigten französischen Gesandten Dard gewirkt werden. Die Wackenhaiten der französischen diplomatischen Vertretung in München liegen zu Teil 2 Jahre und länger zurück; so naiv dür aber wohl kaum ein Deutscher im Jahre 1922 sein, daß er Herrn Dards politische Konspirationen, die an abgeklärtes Kasperl hielte. Die monatliche Gelbunterstützungen, die der französische Gesandte in München dem Frh'n. v. Döhrer für seine Korrespondenz zur Verfügung gestellt hat, haben selber Früchte getragen.

Man kann es vom deutschen Standpunkt aus nur begrüßen, daß in aller Öffentlichkeit einige Schritte von dem Treiben französischer Agenten

gelesen werden. Wie eng Herr Dard — also ein amtliche diplomatische Persönlichkeit Frankreichs! — im Einvernehmen mit der Pariser Regierung wirkte, ging aus verschiedenen Äußerungen der Angelegten hervor. So sollte die publikumswirksame Vernehmung im entscheidenden Augenblick durch eine Besetzung des Mangau unterstützt werden. Es liegt auf der Hand, daß Herr Dard solche Äußerungen nicht hätte machen können, wenn in Paris erster Friedens- und Versöhnungswille bestanden hätte. Wenn dies unter der Minister-Präsidenschaft der „gemäßigten“ Herren Millerand, Legeux und Briand geschehen ist, so kann man sich leicht ausmalen, bis zu welchem Grade sich die französische Sehnsucht nach Deutschlands Zerstörung unter der Herrschaft des Herrn Wolzogen entwickelt haben dürfte.

Der Satz: „Fesse und herrsche“, nach dem die französische Politik in Süddeutschland gehandelt hat, ist aber auch in anderer Weise befolgt worden. Seit Jahr und Tag beherzigt die französische — bezw. die französisch orientierte — Regier. bandpolitik den Gefährdungssatz, daß die Stäbe eines letzten zu zerbrechen sind, als wenn sie durch ein einziges Band zusammengehalten werden. Von einem Teil des deutschen Volkes ist die Parole

„Verbrecher am Kriege und im Kriege“
gerichtlich bestraft werden müßten, beifällig aufgenommen worden. Nur so war es möglich, daß dem jetzigen Reichsgericht eine Reihe von Prozessen gegen Deutsche geführt werden konnte, ohne daß ausreichendes Belastungsmaterial zur Verfügung gestanden hätte. Der jüngste Fall ist der des Dr. Michaelson von der Anlage 10. Wobes und der vorläufigen Föhung französischer Gefangener hat wieder einmal einige Klarheit über den Charakter des „Beweismaterials“ gebracht, welches von habsbütigen Franzosen gegen deutsche Soldaten und Sanitäts-Diszipliner vorbereitet worden ist. Obwohl die französische Regierung — als sich von der Galtlosigkeit der gegen Dr. Michaelson

daß die monarchistischen Kreise das bayerische Haus Wittelsbach vorzögen. Der Kaiser überzeugt, daß Deutschland sich industriell und militärisch gemacht habe. Der Kaiser höre dauernd von römisch-katholischen Bischöfen am Rhein über religiöse Fragen. Seine Unterhaltung drehe sich ständig um religiöse Fragen.

Der Kaiser habe sich noch bezüglich der tschechisch-slowakischen Republik gedankt. Er habe bemerkt, daß die Vaterlandsliebe Maffarisi; er warte, daß in einigen Jahren die freundschaftliche Vereinbarung zwischen den Tschechen und den Deutschen abgemacht sein werde, und daß sie sich ihren deutschen Nachbarn in ein wirtschaftliches Union anschließen würden.

Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängige.

Das Nachrichtenblatt der Berliner Arbeiterſchaft veröffentlicht den Wortlaut des Schriftwechſels beider ſozialdemokratiſchen Parteien über einen eventuellen Eintritt der Unabhängigen in die Regierung.

Der Brief des Vorstands der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gez. Hermann W. lautet: In den Vorträgen der Vertreter unserer Verbände und unserer Fraktionen zur Ermordung Rathenau's erklären unsere Vertreter mehrfach, daß eine dauernde Niederbaltung der Monarchie nur möglich ist, wenn in Deutschland eine feste Regierung gebildet wird. Eine Regierung, die weniger stark ist und deshalb heute nach links, morgen nach rechts ausschlagen muß, um eine Vorlage durchzuführen, wird republikanische Einrichtungen unseres Staates nicht so stark sichern können, daß die Gegner der heutigen Staatsform ihre Angriffe auf die Republik als nutzlos einstellen. Wenn nach der Ermordung Rathenau's noch nicht alles nötige durchgeführt wurde, so das nicht zuletzt deshalb, weil wir eine starke republikanische Regierung hätten. Eine solche zu bilden ist unsere höchste Pflicht. Wir fragen deshalb: ob Sie in der festgestellten Situation

John erhabenen Beschuldigungen überzeugt hatte — die Zeugenaussagen nicht amtlich eingereicht hatte, bedeutet der Verzichtiger Freispruch eine Verurteilung der seit dem Waffenstillstand von Frankreich planmäßig betriebenen Wolltät.

Seider ist wenig Hoffnung vorhanden, daß der demokratienstüthige Deutsche Sozialismus der augenblicklichen Lage des Reiches Rechnung trägt und seine Autorität unter den Waffen für eine Winderung der bestehenden Gegensätze geltend macht. Daß den Unterzeichnern des Demonstrationsaufzuges wenigstens im Unterbewußtsein einige Bedenken aufgekommen sind, zeigt der Appell an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Auslandes, daß sie auf ihre Regierung einwirken möchten, „den Nationalisten in Deutschland nicht immer wieder neuen Agitationsstoff zu liefern.“ In christliches Zeitalter überträgt das eine Verschwörung, der Verband möchte von seiner, unzerstörbaren Gewalttätigkeit ablassen. Eine solche Forderung unter Einmütiger Zustimmung aller Parteien und Wirtschaftsklassen wäre vielleicht noch imlande die christlich friedensbereiten Völker der Welt gegen die französische Vernichtungspolitik mobil zu machen.

Freiherr von Leoprechting zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt.

München, 4. Juli. Das vom Volksgericht in München einstimmig gefällte Urteil im Hochverratsprozeß gegen den Freiherrn von Leo Preßing lautet auf Schuldig des Hochverrats.

Saut der §§ 81 und 82 des Reichsstrafgesetzbuches wurde auf lebenslängliche Zuchthausstrafe und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt.

Im weiteren Verlaufe des Prozesses erklärte der Angeklagte über seine Beziehungen zu dem französischen Gefandten Dard, daß er von diesem im ganzen 50 000 Mark erhalten habe.

Die von Dard betriebene Politik sei eine Separationspolitik, deren umbelegte Anhänger auch die französischen Generäle in den Rheinländern seien. Seit dem Sommer 1921 habe Dard keine Separationspolitik mehr getrieben. Zur Förderung des Separationsgedankens habe Dard vergeblich versucht, eine Anzahl baptistischer, mitternbergischer und badischer Gemeinden zu beschaffen. Im weiteren Verlaufe wurde noch auf ein von Goerdting verfashtes und von ihm dem Gefandten Dard übergebenes Exposé eingegangen, in dem ein, genauer und lückenloser Plan angedacht war, der sich auf Süddeutschland, einen Teil Österreichs und Tirol erstreckt.

bereit sind, in das Kabinett Wirth einzutreten? Wir bitten um baldige Antwort und bemerken zugleich, daß unserer festen Ueberzeugung nach der Widerstand, der früher bei den anderen Koalitionsparteien vorhanden war, beseitigt ist, wenn nicht der Wunsch nach einer Erweiterung nach links auszusprechen. *

Das Antwortschreiben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, geg. Erission lautet, wie bereits kurz mitgeteilt: „In Beantwortung Ihres Briefes vom 1. Juli teilen wir Ihnen mit: angeht die gegenwärtige Situation sind wir bereit, mit Ihrer Partei unter Herausziehung der gesellschaftlichen Spitzenorganisationen über die Frage des Eintritts in die Reichsregierung zu verhandeln.“

Wie das Nachrichtenblatt im Anschluss hieran mitteilt, verhandelten Montag nachmittag die gewerkschaftlichen Eigenorganisationen und die besten sozialdemokratischen Parteien über den Eintritt der Unabhängigen in die Reichregierung. Zwischen den Verhandlungsparteien habe sich Einverständnis gebildet. Am Dienstag sollen die Verhandlungen mit den bürgerlichen Koalitionsparteien aufgenommen werden.

Eine amtliche Meldung über den Ueberfall auf Harden.

Berlin, 4. Juli. Amtliche Meldung. Die von der Berliner politischen Polizei sofort nach dem Ueberfall auf Maximilian Harden angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß bei dem Anschlag zwei Personen mitwirkten. Von den Tätern wurde einer ergriffen, dem andern ist die Berliner Polizei auf der Spur. Die Täter entstammten ähnlichen Kreisen wie die Mörder Rathenau's. Der bereits festgenommene ist Mitglied des vom preussischen Minister des Innern jüngst aufgelösten Verbandes nationalgesinnter Soldaten. Bei der Tat trug er als Krabattenmodel ein Patentron.

Regierungs-erweiterung nach links?

Am heutigen Mittwoch soll im Deutschen Reichstage die Verhandlung über das Gesetz zum Schutze der Republik beginnen. Kundige Thesaurer wollen es wissen, oder behaupten es wenigstens, daß diese in eine rein sozialistische Form gegoffene gesetzliche Verankerung der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten bereits über die erforderliche Majorität verfüge. Bei dem hier vorliegenden offenen Bar recht gefährlichen Spiel glauben wir nicht daran, daß ohne Weiteres dieser Gesetzentwurf wenigstens in der vorliegenden Fassung die erforderliche Mehrheit erhalten dürfte. Zur Unterstützung dieses Gesetzes gaben gestern wieder einmal die drei sozialdemokratischen Parteien und die freien Gewerkschaften aller Drien ihre üblichen Kundgebungen von sich, auch die um Stegenwald sich scharen den Gewerkschaftsgruppen hielten von den Sozialisten und freien Gewerkschaften gesonderte Versammlungen ab. Dementselben herrscht in Berlin ein Buchdruckerstreik, der die gesamte Presse der Reichshauptstadt lahmgelegt hat und die öffentliche Meinung von Berlin mit einem auf seine Objektivität hin mindestens recht zweifelhaften Nachrichtenfluß stellt.

Die politische Atmosphäre ist zur Stunde eben
laden. Unter dem Druck der schieds verhältnissen Pa-
teigefälle der vereinigten Sozialdemokratie, unter
dem Druck der Entente, namentlich Frankreichs,
das über alle Maßen schon ausgepörrte Deutsch-
land noch mehr zu schrecken und schließlich unter
den Nachwehen des unverantwortlichen Rathenau-
Wortes sieht Deutschland wieder einmal am Vor-
abend einer fürchterlichen Katastrophe, dessen Aus-
maße sich gar nicht überdenken lassen, wenn nicht
in jeder Stunde noch Einstich und Kraftvoller
Wille, dieser Einstich unter allen Umständen zum
Durchbruch zu versehen, eintritt.

Die Sozialdemokratie, bei der fortschreitender Verelendung Deutschlands auf dem Standpunkte angelangt, wo sich das Risiko ihrer Regierungspolitik, die sie bei allen Regierungen seit 1918 bald nicht mehr, bald mit geringerem Druck durchsetzen verstand, gar nicht mehr verschleiern läßt, hält jetzt ganz unüberhöhen zu dem üblen Streiche aus, die Demokratie der Weimarer Verfassung zugunsten einer Völkssozialistischer Diktatur abzubauen. Der behaarte Mord an dem deutschen Vorkämmerer Rathenau, der am Vorabend seines Todes gerade im Begriff stand, den verhängnisvollen stark sozialistisch-orientierten Regierungskurs mehr nach der bürgerlichen Seite zu biegen, ist nichts wie ein Vorwand für das durchgeführte Tun der vereinigten deutschen Sozialdemokraten und sogenannten freien Gewerkschaftler.

Vor der Ermordung Rathenaus spielte die Sozialdemokratie in geradezu unverantwortlicher Weise angefaßt der drückenden äußeren wie innenpolitischen Notlage Deutschlands mit dem Gespenst einer Auflösung des Reichstages, mit Neuwahlen. Sie war gerade nicht besonders wählerisch in ihren Mitteln unter recht plumpen Mitteln nach der Suche einer passenden Wahlparole. Die Auswertung des unverantwortlichen Rathenau-Mordes hat nun die Sozialdemokratie, die mit gutem Recht Neuwahlen in dieser Zeit des offensibaren Zusammenbruchs sozialdemokratischer Regierungskünfte mit wenig Hoffnungen entgegen sah, veranlaßt, diesen Plan fallen zu lassen, um es — o Fronte des Schicksals! — unter dem Vorwande eines Schüßes der bedrohten Republik direkt mit einer beschleunigten Diktatur des Sozialismus zu versuchen. Die Formel für dieses durchsichtige Manöver ist eine Regierungsbesserung nach links, d. h. die Einbeziehung der Unabhängigen Sozialdemokratie in die Regierungskoalition.

Zu diesem Behufe hat zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängiger Sozialdemokraten, diesen beiden feindlichen Brüdern, ein sehr interessanter Briefwechsel stattgefunden, der jetzt das Ergebnis gezeitigt hat, daß die Unabhängige Sozialdemokratie bereit ist, ihren Leipziger Parteitagbeschuß zu opfern, d. h. das vorliegende Geschäft zu machen. Dieser Leipziger Parteitagbeschuß war eigentlich das Kerngerippe ihres ersten, unentschiedenen Marzismus, er verbot ihnen mit bürgerlich orientierten Parteien, gleichviel welcher Art, sich an einer Regierungskoalition zu beteiligen. Dieser „berühmte“ Entschluß, ihren als allein echt abgemessenen Marzismus zu opfern, ein Entschluß, zu dem sie sich der Form wegen mehrmals bitten ließen, gewinnt einen recht nächsten Belegschuß, wenn man erwägt, daß die Unabhängige Sozialdemokratie in Reichstage augenblicklich über 60 Sitze besitzt, daß diese Sitze in keinem Verhältnis stehen

**Goldschmiede-
Arbeiten**
fachgemäß
und schnell
Schrader, ABC-Str.
15.

 **Uhr-**
und Goldschmiede
Reparaturen
Belestein
Kortumstraße 18.

Kaufgeschäfte

Eine guterhaltene Näh-
maschine zu Kauf, gefucht.
Wm. m. Preisang. erbet.
unt. Str. 12310 a. d. Weid.
bester Stellung.

Gutes, neues, trocknes

Wiesenheu

kaufst laufend
M. Barenberg,
Vodum.

Die Beleidigung,
die ich gegen Herrn Adolf
Krausgesprochen, verpöblich. 8
ausgesprochen habe, neh-
me ich hiermit als un-
wahr zurück.
Dr. W. W. W. W. W.

Seite 3.

pollen, oft mit hübschen Steinen geschmückten Gürteln verhängen liegen. Der Gedanke, ähnliche Tarschen wieder zu tragen, fand bei den Schönen der transilbanischen Revolutionszeit um so mehr Anklang, als man ja das Ungeheime mit dem Nützlichen verbinden konnte, denn für die Anbringung von zierlichen Schließen, Spigen, Schmuck und Quallen war ein neues Feld entdeckt. So kamen die berühmten „Dorfenstände“ in Mode, die ihren Namen den oft recht unzureichenden Sinnbildern verdankten, mit denen man sie bekleidete. Aus ihnen wurde dann der einst so bestiebte, später in Bergeffentlich gezogene und seit einigen Jahren wieder zu Ehren gekommene „Bombadour“, der unserer Damenwelt heute fast unentbehrlich zu sein scheint.

und kleinen Ha- neben Rosenfränzen, Säubern
legen von ihren auf dem

Rundgebungen. — Ausschreitungen. — Schwere Zusammenstöße zwischen Pöbel und Polizei in Dortmund und anderen Städten.

Stadtviertel vom Mob angegriffen worden. Dabei hat es mehrere Verletzte gegeben. Ueber die Zahl der Verwundeten liegt zur Zeit noch keine näheren Angaben vor. Um 9 Uhr (sahen die Hauptgefahr beseitigt und die Polizei war größtenteils wieder zurückgezogen. Der Mob wollte aber nur eine Kampfpause eintreten lassen und ging gegen 10 Uhr erneut tötlich vor. Die Beamten wurden derart bedroht, daß sie von der Schusswaffe Gebrauch machen mußten. In Dorf 12 verfuhr eine Person den Aler vom Kriegereinkmal zu entfernen, sodaß auch hier die Polizei einschreiten mußte.

Die heute im großen Saale der Bürgerge-
sellschaft versammelten Mitglieder des Deutschen Ge-
werkschaftsbundes erklären hiermit, daß sie fest
auf dem Boden der Verfassung stehen
und in schärfster Weise protestieren, daß heute
Elemente es wagen, gegen die Verfassung und
gegen die demokratische Regierung mit der Wod-
waffe in der Hand arbeiten. Die Versammlung
verlangt von der Regierung, daß sie den Kampf
mit den schärfsten Maßnahmen, die ihr zu Ge-
bote stehen, gegen diese Vaterlandsfeinde auf-
nimmt, ganz gleich, ob sie von rechts oder links
kommen. Im übrigen erwartet sie, daß jeder, dem
es um das Wohl des Staates zu tun ist, die Re-
gierung voll und ganz unterstützt, nicht, wie man
von vielen Seiten glaubt, durch Streit und Un-
heißkrähe, nein, durch Wahrung der
Produktion, durch Mitarbeit im Staatsleben.
Die Versammlung verspricht, in jeder Beziehung
der Fankle des Deutschen Gewerkschaftsbundes
zu folgen, die darauf hinausgeht, die Republik
und die demokratische Verfassung zu schützen.

Im Schützenhof fand eine sozialdemokratische Versammlung statt, in der die bekannten Forderungen aufgestellt wurden. Nach der Versammlung machte die USG, ohne Mitbeteiligung der anderen Parteilargruppen einen Umzug mit Musik und Fahnen, der aber nur geringe Beteiligung hatte. Störungen sind, soweit bekannt, nicht vorgekommen.

IV. Essen, 4. Juli. Die von den freien Gewerkschaften und den drei sozialistischen Parteien veranstaltete Demonstration ist ohne Zwischenfall verlaufen. Die Straßenbahnen stellten den Betrieb um 2 Uhr mittags ein. Die Geschäfte, Kaffees und Schankwirtschaften waren heute nachmittags geschlossen.

TU. Dortmund, 4. Juli. Die heutige Demonstration verlief anfangs ruhig. Die Beteiligung war überaus groß. Aus verschiedenen Gebäuden wurden die schwarz-weiß-roten Fahnen herausgeholt und verbrannt. Vor dem Hotel „Königlicher Kaiser“ kam es zu einem Auflauf, so daß die Polizei einschreiten mußte. Als die Menge eine drohende Haltung einnahm, ging die Polizei mit blauer Waffe vor. Verschiedenemale wurde geschossen. Maschinengewehre sind aufgestellt und Panzerautomobile fahren durch die Straßen. Zur Zeit, abends 7 Uhr, dauern die Unruhen noch an.

—* Dortmund, 4. Juli. Von Kommunisten wurde am Hotel „Ritterhof“ das aus vierzehn Wirtleutern zusammenge setzte Wort „Ritterhof“ und am Hotel „Römischer Kaiser“ das Wort „Kaiser“ unfeilsch gemacht. Nachdem die Polizei zwei Personen verhaftet hatte, erschien eine Menschenmenge vor dem Polizeigefängnis und forderte die Herausgabe der beiden, die jedoch nach Feststellung ihrer Personalien schon auf freien Fuß gesetzt worden waren. Eine andere Menge plünderte ein Waffengeschäft und leistete den herbeldenden Polizeibeamten erheblichen Widerstand, so daß diese von ihren Waffen Gebrauch machten, und nach erfolgreichen Vorgehen mehrere Hauptstraßen einige Zeit sperren mußten. Inzwischen war die Schutzpolizei in einem andern

Die Verfolgung der Ministermörder.
TU Berlin, 4. Juli. Von zuständiger Stelle wird die Verhaftung eines ...

Matthias an Mörders bekräftigt. Nähere Mitteilungen über die Persönlichkeit des Verhafteten können noch nicht gemacht werden. Doch trifft es zu, daß der Verhaftete dem Verband nationalgestimmter Soldaten angehört.

W. Allenstein, 4. Juli. Nach einer Mitteilung der Polizeiverwaltung wurde gestern auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten ein junger Mann unter dem bringenden Verdacht der Mitwirkerschaft an der Ermordung Rathenau festgenommen. Wie das Allensteiner Volksblatt erzählt, handelt es sich um einen ehemaligen Offizier namens von Oppen, der jedoch weder in verbandsfähnlichen noch irgend welchen anderen Beziehungen zu dem Regierungspräsidenten von Oppen steht.

D. Köln, 5. Juli. In Köln kam es bei den gestrigen Kundgebungen zu Zwischenfällen. Beim Marsch einer Gruppe nach dem rechten Rheinufer besetzte ein Teilnehmer eine rote Fahne am Standbild Kaiser Wilhelms. Die Wasmannschaft ließ die Fahne herunterholen. Bei dem Gebränge wurde einem Schussman die Waffe entwendet. Die Wasmannschaft kam in die Enge, und herbeigeholte Verstärkungen waren gezwungen, die Waffen zu ziehen, wobei es einige Verletzte gab. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Mit Stille englischer Holzet wurde der Platz gekäubert. Vom Standbild ist der Degen abgerissen worden.

9. Frankfurt (Main), 5. Juli. Bei den gestrigen Kundgebungen kam es zu Ausschreitungen. Von der Menge wurden harmlose Firmenkassiber heruntergerissen, ohne daß die Polizei — um die Massen nicht zu erregen — einschritt. Infolgedessen wurden die Tumultuanten dreister, sie verhöhnten und bedrohten schließlich Angehörige der Reichswehr, die sich dann zur Wehr setzten und scharf schossen. Es gab mehrere Verletzte.

D. Stuttgart, 5. Juli. Etwa 1000 Demonstranten begaben sich, von kommunistischen Rednern aufgeworhet, vor das Justizgebäude, um die Gefangenen zu befreien. Als die Polizei erschien, wurde mit Holzknütteln auf sie eingeschlagen. Diese machte von ihrem Gummi knüttel Gebrauh und säuberte den Plah. Ein Polizeileutnant wurde verletzt und war längere Zeit bewußtlos. Mehrere Personen wurden verhaftet.

W. Magdeburg, 4. Juli. Bei der heutigen Kundgebung zum Schutze der Republik kam es zu Unstimmigkeiten. Eine Gruppe von Demonstranten versuchte einen Angriff gegen das Sparkassengebäude. Die Polizei griff mit blanker Waffe an und schlug die Menge zurück. Der sozialdemokratische Polizeipräsident, der vermitteln wollte, erhielt selbst Schläge und mußte sich zurückziehen. Eine Gruppe Kommunisten versuchte das Kaiser-Wilhelm-Denkmal zu stürzen. Die Polizei ging mit blanker Waffe vor und verhiinderte den Anschlag. In den Abendstunden wurde der Straßenbahnverkehr durch Demonstranten unterbunden. Eine große Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen.

W. Berlin, 4. Juli. Gegen 2 Uhr trafen die ersten der 18 Büge an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisstraße ein, doch dauerte es etwa 1½ Stunden, bis alle Teilnehmer der Kundgebung, die nach Hunderttausenden zählten und den Kurfürstendamm und die anderen Zugangsstraßen in bläuliche Massen füllten, zur Stelle waren. Neben wurden nicht gehalten: Gegen ¾4 stimmten die Massen die Internationale an und zogen singend in breiter Front über den Kurfürstendamm in Richtung Gatenfeld. Sämtliche Verkehrsmittel ruhten in den Nachmittagsstunden. Der Geschäftsverkehr war vollständig eingestellt.

W. Innsbruck, 4. Juli. Der Allgemeine Tiroler Anzeiger meldet: Der wegen Wittfchuld an der Einbringung Mathenhaus in Des verhaftete deutsche Fabrikant Rickenmeister wurde nach Innsbruck übergeführt, wo er bis zur Erledigung des Auslieferungsverfahrens in Haft bleibt.

TU Berlin, 4. Juli. Von zuständiger Stelle
 wird die Verhaftung eines zweiten
 mauthausen-Mörders bestätigt. Nähere
 Mittheilungen über die Persönlichkeit des Verhafteten
 können noch nicht gemacht werden. Doch trifft
 zu, daß der Verhaftete dem Verband national-
 sozialer Studenten angehört.

W. Menckin, 4. Juli. Nach einer Mitteilung der Postgebetverwaltung wurde gestern auf Anordnung des Berliner Postgebetbüros ein junger Mann unter dem drohenden Verdacht der Mitschuld an der Ermordung Kaiserin Elisabeth festgenommen. Wie das Allgemeine Volksblatt erzählt, handelt es sich um einen ehemaligen Offizier namens von Dypen, der jedoch weder in verwandtschaftlichen noch irgend welchen anderen Beziehungen zu dem Regimentspräsidenten von Dypen steht.

nur mit Genehmigung der Reichsregierung zurück-
kehren. Die Zuständigkeit des vorgelegenen Staats-
gerichtshofes gilt unbedingt für alle Verbrechen
oder Vergehen gegen das Reich und gegen Mit-
glieder der jetzigen oder früheren republikanischen
Reichsregierungen. Verbrechen oder Vergehen gegen
die Landesregierung können von den ordent-
lichen Gerichten der betreffenden Länder abge-
urteilt werden. Die Geltungsbauer des Ge-
setzes ist auf 5 Jahre festgesetzt und zwar mit
40 zu 28 Stimmen. Der Ausfluß des Reichs-
rats hatte zweijährige Dauer beantragt. Ueber
die sonstigen Vorschläge im Reichsrath wird berichtet,
daß bahrtige Anträge, wonach die Wählbarkeit
über die Beschränkung der Vereinst- und Ver-
sammlungsfreiheit und die Pressfreiheit aus dem
Gesetz herausgenommen und durch eine Veror-
dnung geregelt und die Bestimmungen gegen Mit-
glieder ehemals landesherrlicher Familien oder
überhaupt gestrichen werden sollen, mit mehr als
Zweidrittelmehrheit abgelehnt wurden. In der Ge-
sammtabstimmung wurde das Gesetz mit 48 gegen
19 Stimmen angenommen, das Amnnestiege-
setz, das dem Reichstag gleichzeitig mit dem Ge-
setz über den Schluß der Republik zugehen wird,
mit 55 gegen 11 Stimmen.

77. Berlin, 4. Juli. Im Steuerantrag des Reichstags wurde zum Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe beschlossen, daß die Entnahmen aus der Zwangsanleihe bis zum 31. Dez. 1923 festhalten seien. Ungenommen wurde ferner der Tarif der Regierungs- und Landtage für die Zwangsanleihe; danach ist von natürlichen Personen auf die Zwangsanleihe zu zahlen von den ersten 100 000 Mark des Vermögens 1 Prozent, von den nächsten 150 000 Mk. 2 Prozent, von den nächsten 250 000 Mk. 4 Prozent, von den nächsten 250 000 Mk. 8 Prozent, und von den weiteren Beträgen 10 Prozent des Vermögens. Von den übrigen zahlungspflichtigen juristischen Personen usw. ist auf die Zehntelanzleihe die Hälfte der oben vorgeschriebenen Sätze zu zahlen.

70. Berlin 4. Juli. Der Ausschuss für Beamtenfragen des Preussischen Landtags beendete die Nachprüfung der Nachweisung über die Aufsteigsmöglichkeiten der preussischen Beamten. Es sollte verlost werden, die preussischen Beamten in diesen Hinsicht den Reichsbeamten völlig gleichzustellen, es gelang, 116 Veränderungen im Etat für 1929 durchzuführen. Ein Unter Ausschuss hat die Verloosung übernommen, die Vergleichung mit den Beamten des Reiches an Hand des preussischen Haushaltsplanes zu veranlassen. Der Finanzminister hat sich bereit erklärt, die noch bestehenden Streitpunkte genau nachzuprüfen und den Unter Ausschuss Gelegenheit zu geben, mit der Regierung nochmals über diese Frage zu sprechen. Es soll dann durch den nächstjährigen Etat noch ein Ausgleich erzielt werden. Der Ausschuss für Beamtenfragen stimmt den mit der Regierung getroffenen Vereinbarungen zu, um den preussischen Beamten die Ergebnisse des Reichsbeamten aufzunehmen zu lassen.

w. Berlin, 4. Juli. Die Verwundungen Gardens sind ziemlich schwer aber nicht lebensgefährlich. Er erhielt sieben Hiebe über den Kopf.

zu w. Berlin. 4. Juli. Die Ermittlungen haben zu einer Aufklärung des Anschlagcs auf Harden geführt. In dem Anschlag hat neben dem Landwirtschastsleben Herbert Wäger der Oberseuntant a. D., jetzige Kaufmann Walter Adernann, geboren 1893, teilgenommen. Der Begegnante hat mit einem Dolchschläger geschlossen, während Wäger aufbaute. Es ist erwiesen, daß die beiden Täter den Anschlag nicht aus eigenem Entschluß ausgeführt haben, sondern, daß sie von einer hinter ihnen stehenden Geheimorganisation bestimmt worden sind. Adernann hält sich nach den bisherigen Ermittlungen noch in Berlin auf; auf die Ergreifung wurde eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

TV. Karlsruhe, 5. Juli. Gestern Abend kurz nach 10 Uhr wurde gegen das h. „Volks Haus“ ein Bombenanschlag verübt. Die Außenwand eines Vorraumes wurde eingedrückt. Dort tagte eine Versammlung des Schuhmacherverbandes. Glücklicherweise wurde niemand verletzt, auch der Schaden ist gering. Vom Täter fehlt jede Spur.

70. Verste, 4. Juli. Im Berliner Buch-
bruderstreik ist gestern infolge einer Ver-
schärfung eingetreten, als nunmehr auch stän-
dliche Hilfsarbeiter sich den Forderungen der Buch-
bruder angeschlossen haben und eine Lohnerhöhung
von mindestens bis zu 300 M. verlangen.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner
für Gesellschaft und Politik: Emil Gindner; für Handel
Sport und Lustbeurteilung: Theodor Rosen, für
"Festschriften" und den übrigen Teil: Julius Schmid
für Literatur und Rezensionen: Eugen Wolff sämtlich in
Böden.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Blendend schön

werden alle Kleider, Blusen, Röcke, Anzüge und sonstige Kleidungsstücke durch Auffärben mit **Brauns** Hausfarbstoffen. Überall erhältlich. **Schreie an: "Morris Braun"**

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

werden alte Kleider, Blusen, Röcke, Anzüge und sonstige Kleidungsstücke durch Auffärben mit **Brauns** dauerhaft farben. Ueberall erhältlich. Nicht nur Marke **Brauns**.

Bilanz am 31. Dezember 1921 *)

* Die Bilanz enthält nicht den Vermögensstand unserer Londoner und Metzger Niederlassungen.
 *) seitdem erhöht auf M. 610 000 000. *) seitdem erhöht auf M. 597 950 000.

22) Die Gewinn- und Verlust-Rechnung enthält nicht das Erträgnis unserer Londoner und Metzger Niederlassungen.

	Mean	SD	Min	Max
Age	36.1	10.1	20	65
Gender				
Male	100	0	0	100
Female	0	0	0	0
Marital status				
Married	100	0	0	100
Single	0	0	0	0
Divorced	0	0	0	0
Widowed	0	0	0	0
Other	0	0	0	0
Education				
High school	100	0	0	100
College	0	0	0	0
Postgraduate	0	0	0	0
Other	0	0	0	0
Occupation				
Manager	100	0	0	100
Professional	0	0	0	0
Technician	0	0	0	0
Other	0	0	0	0
Income				
Less than \$10,000	100	0	0	100
\$10,000-\$20,000	0	0	0	0
\$20,000-\$30,000	0	0	0	0
\$30,000-\$40,000	0	0	0	0
\$40,000-\$50,000	0	0	0	0
\$50,000-\$60,000	0	0	0	0
\$60,000-\$70,000	0	0	0	0
\$70,000-\$80,000	0	0	0	0
\$80,000-\$90,000	0	0	0	0
\$90,000-\$100,000	0	0	0	0
More than \$100,000	0	0	0	0

Die Zeit

1000

1

**Niemals losel Nur
in Originalpackung**

Ohne Chlor! Wascht bleich und desinfiziert. **geeignet für alle Arten von Wäsche.** Niemals färbt! Nur in Originalpackung. Alleingehersteller: **HENKEL & CO., DUSSELDORF**, auch der altbewährte „**HENKO**“ (Henke's Wasch- und Bleich-Soda).